

Wahlprüfstein DIE LINKE

AG MTG - HVG - VAST

**c/o Deutscher Verband für Physiotherapie
(ZVK) e.V.**

**Postfach 210280
50528 Köln**

Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2017

Verfasst von der Arbeitsgemeinschaft der Medizinalfachberufe in der Therapie und Geburtshilfe (AG MTG), dem Hochschulverbund Gesundheitsfachberufe (HVG) und dem Verbund für Ausbildung und Studium in den Therapieberufen (VAST)
Mit dem Zusammenschluss dieser drei Verbände werden nachhaltig die Interessen der ErgotherapeutInnen, Hebammen/Entbindungspfleger, LogopädiInnen, PhysiotherapeutInnen und OrthoptistInnen mit insgesamt über 300.000 Berufungsangehörigen vertreten.

Fachkräftemangel in den Gesundheitsfachberufen

1. Was werden Sie und Ihre Partei unternehmen, um dem Fachkräftemangel in den Gesundheitsfachberufen entgegenzuwirken bzw. die Patientenversorgung der Zukunft zu sichern?

DIE LINKE wird sich für bessere Rahmenbedingungen einsetzen, damit wieder mehr Menschen einen Gesundheitsfachberuf ergreifen und dauerhaft ausüben können. Das beginnt bei einer attraktiven, gebührenfreien Ausbildung sowohl in den Pflege- als auch in anderen Heilberufen, die berufliche Aufstiegschancen eröffnet. Die Ausbildung soll in allen Gesundheitsfachberufen die unmittelbare Berufsfähigkeit sichern und so gebührenpflichtige Anschlussqualifizierungen verhindern.

Entscheidend ist eine bessere Bezahlung der Fachkräfte. Keine Pflegefachkraft soll weniger als 3.000 Euro brutto in Vollzeit verdienen. Tarifliche Bezahlung soll für die Pflege allgemeinverbindlich erklärt werden. Die Heilmittelerbringer müssen spürbar und dauerhaft besser vergütet werden. Neben einer allgemeinen Anhebung der Honorare ist es dringend erforderlich, endlich die Angleichung der Honorare in Ost und West herbeizuführen, die teilweise immer noch aussteht. DIE LINKE hat eine unbefristete Aufhebung der Grundlohnsummenanbindung oder Anhebungen der Vergütung durch den Gesetzgeber gefordert (BT-Drs. 18/11207).

Mit einer Solidarischen Gesundheits- und Pflegeversicherung wäre eine höhere Vergütung dauerhaft finanzierbar. Eine Anbindung an die Grundlohnsumme wäre durch sie überflüssig. Vielmehr könnte nach Anhebung des Vergütungsniveaus eine Anbindung an die (höhere) Entwicklung des Brutto-Inlandsprodukts in Betracht kommen.

DIE LINKE steht einem Direktzugang der Heilmittelerbringerinnen und Heilmittelerbringer positiv und offen gegenüber.

Heilmittelerbringende verfügen über hohe Qualifikationen, über spezifisches Wissen und spezifische Fertigkeiten, das Ärztinnen und Ärzte in der Regel nicht anbieten können. Daher ist es im Sinne der Patientinnen und Patienten, Heilberufe in ihrer generellen Position zu stärken und sie mehr als bisher in die Ausgestaltung der Therapie einzubinden bzw. mit mehr

Entscheidungskompetenz über Art und Häufigkeit der medizinischen Interventionen/Therapien auszustatten. DIE LINKE will unverzüglich Modellversuche für den Direktzugang zu Heilmittelerbringenden auflegen. Wir fordern außerdem einen verbindlichen Zeitplan zur Überführung der mit dem Heil- und Hilfsmittelgesetz beschlossenen Modellversuche für eine Blanko-Verordnung in die Regelversorgung.

Mehr Investitionen durch Bund und Länder sind erforderlich, um die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen für Gesundheitsberufe zu verbessern.

Ausbildung in Pflege- und Gesundheitsberufen

2. Was werden Sie und Ihre Partei tun, um Auszubildende in den oben benannten Berufsgruppen aufgrund ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse nicht von der Ausbildung (berufsfachschulischer sowie hochschulischer) auszuschließen?

DIE LINKE setzt sich seit langem für gebührenfreie Bildung ein. Dazu gehört auch die Schulgeldfreiheit für die Pflegeausbildung und andere Heilberufe sowie eine gesicherte Ausbildungsvergütung. DIE LINKE hatte die Petition unterstützt, in der gefordert wurde, die Finanzierung der Ausbildung an einer Berufsfachschule neu zu regeln. In diesem Verfahren hatte sie den Antrag gestellt, die Petition dem Bundesministerium für Bildung und Forschung als Material zu überweisen, um eine schnellere und umfangreiche Erhöhung der Fördersätze und Freibetragsgrenzen sowie die sofortige Verbesserung der Hinzuerdienstmöglichkeiten bundesgesetzlich zu regeln. Dieser Antrag wurde von CDU/CSU und SPD im Petitionsausschuss abgelehnt. DIE LINKE setzt sich weiterhin für eine für alle geltende Mindestausbildungsvergütung und für ein elternunabhängiges Mindestausbildungsgeld für anerkannte Schulberufe ein. Diese Mindestausbildungsvergütung soll tarifliche Vereinbarungen nicht ersetzen und schon gar nicht unterlaufen.

Das Schulgeld für die Ausbildung an beruflichen Schulen in den Vollzeitberufen soll abgeschafft werden. Wenn die öffentliche Hand nicht ausreichend Ausbildungsplätze an staatlichen Schulen für diese Berufe bereitstellen kann, sind die Ausbildungskosten

vollständig zu übernehmen. Dazu sollen in allen Schulgesetzen der Länder entsprechende Regelungen, auch für die Höhe der Ausbildungskosten, festgeschrieben werden. Wir setzen uns auch für eine gebührenfreie oder arbeitgeberfinanzierte Weiterbildung zum/r Praxisanleiter/in für Gesundheitsfachberufe ein.

Wenn mittlerweile mehr als 40 Prozent der von Physiotherapeuten mit der GKV abrechenbaren Leistungen nur durch abgeschlossene Fort- und Weiterbildung möglich sind, die meist selbst organisiert und finanziert werden müssen, dann muss die Ausbildung umgestaltet werden, um erforderliche Zusatzqualifizierungen zu reduzieren. Für eine hochschulische Ausbildung sind die Zugangskriterien zum Bafög, insbesondere die Anspruchsbeschränkung auf eine Erstausbildung und die Altersbegrenzung, auf den Prüfstand zu stellen.

Berufsgesetze

3. Inwieweit werden Sie und Ihre Partei sich für die Revisionen der Berufsgesetze in Bezug auf zeitliche und inhaltliche Umsetzung unter der Beteiligung der jeweiligen Verbände einsetzen?

Die Weiterentwicklung des Berufsrechtes sollte stärker über den Gesetzgeber und weniger über die Rechtsprechung erfolgen. DIE LINKE hat sich deshalb immer auch für eine wissenschaftliche Evaluierung und zeitnahe gesetzliche Überführung von erfolgreichen Modellversuchen in die Regelversorgung eingesetzt.

DIE LINKE befürwortet eine grundlegende Modernisierung der Berufsbilder der Heilmittelerbringer über die Berufsgesetze. Einheitliche und wissenschaftsbasierte Ausbildungsstandards für die Heil- und Pflegeberufe sind dringend zu entwickeln. Die Ausbildungsziele müssen auch die Art und Weise des Tätigwerdens nach der Ausbildung regeln. Kooperation, Koordinierung und vorbehaltene Tätigkeiten müssen ebenso neu bestimmt werden wie die Möglichkeit, ärztliche Tätigkeiten auf Angehörige anderer Gesundheitsfachberufe zu übertragen. Da die Bundesländer der geforderten Definition entsprechender Qualitätskriterien für die Ausbildung nur unzureichend und mit sehr unterschiedlichen Ergebnissen nachkommen, halten wir bundeseinheitliche Standards für erforderlich.

Gesundheitsfachberufe

4. Welche konkreten Maßnahmen werden Sie innerhalb der nächsten vier Jahre ergreifen, um zum Aus- und Aufbau der Forschung in den oben benannten Gesundheitsfachberufen beizutragen?

DIE LINKE hält den Ausbau einer qualifizierten Versorgungsforschung in Gesundheit und Pflege für dringend erforderlich. Behandlungsstandards für Heilmittelerbringende sind stärker evidenzbasiert und patientenorientiert zu entwickeln. In der Pflege werden neue Konzepte zur Gestaltung der Arbeitsbedingungen und Versorgungsabläufe dringend gebraucht.

Auch die Datenlage zur Versorgung durch Heilmittelerbringende ist unzureichend. Belastbare Informationen über regionale Verteilung, Tätigkeitsort, Versorgungsschwerpunkte, Einkommensunterschiede in Abhängigkeit von Berufsstatus und Arbeitsverhältnis fehlen. Eine solide Datenbasis, fehlt auch für ein transparentes und auskömmliches Vergütungssystem.

Damit fehlen entscheidende Grundlagen für eine versorgungssichernde Bedarfsplanung. Um flächendeckend in hoher Qualität alle Menschen versorgen zu können muss der Bedarf jedoch auf wissenschaftlicher Basis ermittelt, aber kleinräumig organisiert werden. Nicht nur die Morbidität, sondern auch Mobilität, Handicaps und die Geschlechterverteilung der Versicherten, die Entwicklung der Altersstruktur von Versicherten sowie von Leistungserbringerinnen und -erbringern, die regionale Infrastruktur und die soziale Entwicklung sind dabei zu berücksichtigen.

Die Forschungsförderung zu diesen und anderen Fragen ist auf Bundesebene deutlich zu erhöhen. Hochschulen und Berufsfachschulen müssen tragfähige Forschungsstrukturen und Kooperationen aufbauen können. Die Öffnung einschlägiger Forschungsförderinitiativen und Ausschreibungen für die Gesundheitsfachberufe wird DIE LINKE aktiv unterstützen.

Zugleich setzen wir uns dafür ein, Forschungsschwerpunkte demokratisch und transparent zu entwickeln und die Forschungsk Kooperation zu befördern. Vertreterinnen und Vertreter der relevanten Verbände der Heilmittelerbringer und der Pflege, des GKV-Spitzenverbandes, der Patientenvertretungen sowie der Kommunen müssen daran gleichberechtigt beteiligt sein. Die Wirksamkeit von Beteiligungsgremien wie regionale Gesundheits- und Pflegekonferenzen für die Bedarfsplanung ist für DIE LINKE ebenfalls ein wichtiger Forschungsgegenstand.

Gesundheitsfachberufe

5. Wie werden Sie und Ihre Partei das innerhalb der EU formulierte Ziel der Harmonisierung im Hochschulraum umsetzen und wie gehen Sie und Ihre Partei damit um, dass Berufsangehörige deutscher Gesundheitsfachberufe in Europa die einzigen sind, die ohne akademischen Abschluss im Gesundheitswesen arbeiten?

Mit der EU-Richtlinie steht objektiv die Sonderstellung der Berufsausbildung in den nichtärztlichen Gesundheitsberufen im System

der beruflichen Bildung zur Disposition. Es ist fraglich, ob die Ausbildung in gesellschaftlich so relevanten Berufen weiterhin weder auf der Grundlage des Berufsbildungsgesetzes im dualen System noch einheitlich in den Bundesländern dem Schulberufesystem zugehörig sein darf. Die Ausbildungen an einer Fachschule oder einer Fachakademie sind zwar formal dem Bachelorabschluss gleichgestellt, berechtigen aber nicht zur Aufnahme eines Masterstudienganges.

DIE LINKE findet es nicht hinnehmbar, dass Auszubildende in Gesundheitsberufen denen in der dualen Ausbildung nicht rechtlich gleichgestellt werden. Ob eine echte Dualisierung, wie sie von den Gewerkschaften gefordert wird, der richtige Weg ist, bleibt für uns ein offenes Diskussionsthema.

Andererseits sichert eine hochschulische Ausbildung nicht per se die unmittelbare Behandlungs- und Berufsfähigkeit nach Ausbildungsabschluss. DIE LINKE befürwortet eine breite öffentliche Debatte zu diesen Fragen. Primärqualifizierende Studiengänge und teilakademisierte Ausbildung müssen möglich sein. Die Vorteile der akademischen Ausbildung gegenüber der bisherigen Berufsausbildung sind stärker abzusichern. Dies betrifft vor allem Kompetenzen zur Erschließung und Übertragung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis und zur Umsetzung reflektierter patientenbezogener Entscheidungsprozesse. Die eher forschungsorientierten Universitäten sollten vorrangig Kompetenzen für die Ausbildung von Lehrkräften für Gesundheitsfachberufe erhalten.

Die weitere Debatte muss auf der Grundlage klarer Berufsprofile und entsprechender bundeseinheitlicher Qualitätsstandards sowohl für die Ausbildung als auch für die Berufsausübung geführt werden. Erst auf dieser Grundlage kann über die Verlängerung von Studienzeiten, modulare Prüfungen und modellierte Praxisanteile in der hochschulischen Ausbildung entschieden werden.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Durchlässigkeit zwischen den unterschiedlichen beruflichen Bildungsgängen besser zu gewährleisten und rechtlich zu sichern. Das gilt sowohl für Zugänge und Zulassungskriterien wie auch für die entsprechenden Fördersysteme. Wenn es eine Gleichwertigkeit zwischen Ausbildung und Studium geben soll, dann muss es möglich sein, ohne größere Hürden und ohne Altersbegrenzung zwischen ihnen zu wechseln. Auch der Zugang zu hochschulischer Bildung nach einer beruflichen Ausbildung muss breiter geöffnet werden.